Ä3 MACHT MITEINANDER ZUM STADTGEFÜHL. (Zusammenleben)

Antragsteller*in:	Thomas Jalili Tanha im Auftrag von Hildegund Kingreen
Beschlussdatum:	05.06.2025
Verfahrensvorschlag:	Übernahme

Text

Von Zeile 91 bis 93 einfügen:
wollen. Eine große Bandbreite an Initiativen und die Kulturzentren bieten zahllose Angebote für Begegnung und kulturelle Aktivitäten, die gesichert und inklusiv ausgebaut werden müssen.

Dies gilt auch für Schutzsuchende, für Asylsuchende. Das Asylrecht ist im Grundgesetz verankert – es darf nicht angetastet werden. Menschen fliehen vor Kriegen, Klimaveränderungen, Verfolgung aufgrund ihrer Herkunft oder Lebensweise, vor Armut und Ausbeutung.

Wer in Hagen ankommt, hat Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren – zur Prüfung seines Asylantrags oder anderer Gründe für ein Bleiberecht. Beratung und Unterstützung erhalten die Menschen beim Kommunalen Integrationszentrum, durch Wohlfahrtsverbände und zivilgesellschaftliche Initiativen. Doch genau diese Angebote – psychosoziale Betreuung, Sprachkurse und soziale Begleitung – leiden zunehmend unter Unterfinanzierung, weil Bund und Land Mittel kürzen statt aufstocken.

Gute Integration braucht:

- Spracherwerb von Anfang an
- Soziale und gesundheitliche Betreuung
- Kurze Verweildauer in Sammelunterkünften
- Unterstützung bei Familienzusammenführung
- Zugang zum Arbeitsmarkt
- Niedrigschwellige Beratung in der Muttersprache – z. B. mit Angeboten wie einem „Mietführerschein“ zur Vermeidung von Nachbarschaftskonflikten

Was Integration verhindert:

- Verweigerung der Familienzusammenführung
- Lange Aufenthalte in Sammelunterkünften
- Arbeitsverbote

Auch die Einführung einer Bezahlkarte lehnen wir ab. Sie wirkt stigmatisierend und ausgrenzend, bindet in Hagen Verwaltungskräfte und Mittel – ohne einen Beitrag zur Lösung zu leisten. Kein Mensch lässt sich dadurch von einer Flucht abhalten, wenn es um das eigene Leben geht.

Wir fordern eine bessere personelle und technische Ausstattung der zuständigen Behörden – insbesondere des Ausländeramts. Verfahren wie die Erteilung von Arbeitserlaubnissen oder Einbürgerungen müssen einfacher, transparenter und digitaler werden.

Begründung

Hinzufügung von Lebensrealiäten, die wir hier klar kommunizieren müssen. Im Auftrag von Hildegund Kingreen.